

SHORT NEWS

Findel: Lux unzuständig-zuständig

Als Schilda in „Luxemburg“ bezeichnet der Mouvement écologique in einem Pressecommuniqué das jüngste Gerichtsurteil in Sachen Findel (www.oeko.lu). Die NGO hatte gegen die vom Umweltminister Lucien Lux erteilte Betriebsgenehmigung für den Flughafen geklagt, weil diese keine Auflagen im Bereich Fluglärm enthielt. Nun bestätigte das Verwaltungsgericht zwar, die Genehmigung sei unvollständig gewesen. Doch durch das neue Transportwege-Lärmschutzgesetz sei mittlerweile nicht mehr der Umweltminister hierfür zuständig, sondern der Transportminister - der ebenfalls Lucien Lux heißt. Der Mouvement kritisiert diese Interpretation: die im neuen Gesetz vorgesehenen Lärmpläne seien kein ausreichender Ersatz für üblicherweise in Genehmigungen festgelegte Grenzwerte. Sehr positiv bewertete die NGO hingegen, dass sie erstmalig als Klägerin zugelassen wurde - bisher akzeptierten die Gerichte nur betroffene Einzelpersonen. Dennoch will der Mouvement gegen das Urteil Rekurs einlegen. Auch die Stadt Luxemburg hatte gegen die Genehmigung geklagt und bedauert per Pressemitteilung den Ausgang des Verfahrens. Zwar will die Stadt nicht gegen das Urteil vorgehen, kündigt aber an, sich weiterhin konsequent für Lärminderungen einzusetzen.

Rassemblement pluraliste

Ils étaient une cinquantaine à s'être levés de bonne heure samedi dernier pour assister aux « Assises pour une alternative sociale et écologique ». Cette initiative, portée par des militant-e-s syndicaux, associatifs et politiques, dont notamment le président de la FNCTFEL Nico Wennmacher, l'écrivain Guy Wagner ou l'ancien député vert Jean Geisbusch, avait comme objet, comme l'affirme un communiqué de presse « d'établir un rapport de force face aux contre-réformes néolibérales ». Trois intervenants ont ainsi entamé la matinée : Nico Wennmacher pour le volet social et européen, Eduardo Dias (responsable du département immigrés de l'OGBL) pour la question démocratique et Gary Diederich pour la politique écologique. Ces interventions devaient fournir le cadre de discussions sur l'état du pays et permettre à des militant-e-s de la gauche luxembourgeoise, de chercher des possibilités d'actions communes « au-delà des frontières partisans ». Après le vote d'une « déclaration finale », les participant-e-s ont promis de se retrouver en septembre afin de concrétiser leur démarche.

woxx@home

Message promotionnel

Vous vous ennuyez les samedis après-midi ? Vous n'avez rien à faire alors que le soleil brille dans un ciel bleu ? Une solution : participez à une manifestation syndicale. L'agence « Social Traitors United » vous propose toute une gamme d'activités syndicales pour égayer vos tristes après-midi. Comme samedi dernier, vous pourrez huer, entourés de jolis drapeaux portés par d'aimables permanents, les politiques antisociales de l'Union européenne. Evidemment, pas de manif sans le duo comique de choc Jean-Claude et Robert. Jean-Claude mettra même son joli foulard rouge autour du cou pour faire comme les vrais mineurs. Son mémorable sketch « J'aurais dû dire non à la constitution européenne », qui fit rire aux larmes des générations de salariés, sera évidemment de la partie ! Et Robert vous travaillera sérieusement les zygomatiques avec son numéro d'imitation du syndicaliste en colère. Enfin, un peu de nostalgie avec un revival de l'indémorable crooner, le « Sinatra de Rumelange » John C. Astegnarro, qui entonnera son inoubliable tube des années 80 : « Someday, I'll strike for sure ». « Social Traitors United », c'est l'agence qu'il vous faut !

AKTUELL

FORENSISCHE PSYCHIATRIE

Grauzone

Christiane Walerich

Wie gedenkt die Regierung den Umgang mit „unzurechnungsfähigen“ Straftätern zu regeln? Im Parlament versuchte der Gesundheitsminister Antworten auf die unzähligen, ungelösten Fragen zu geben.

In puncto Integrations- und Resozialisierungsleistung tut sich die überfüllte Gefängnisstruktur in Schrässig schwer. Nicht nur, dass sich im Rahmen des regulären Strafvollzuges ein einziger Therapeut um rund 90 Häftlinge kümmern muss, nach wie vor existiert kein adäquates Betreuungskonzept für so genannte „unzurechnungsfähige“ Straftäter.

Gleich zwei Personen, die in der Vergangenheit straffällig wurden, und die aufgrund eines richterlichen Beschlusses im Centre Hospitalier Neuro-Psychiatrique (CHNP) in Ettelbrück untergebracht waren, waren in den letzten Monaten ausgebrochen. Diese Fälle, die für einigen Wirbel gesorgt hatten und grundsätzliche Fragen in Bezug auf psychisch Erkrankte und nicht ganz zurechnungsfähige Straftäter sowie die Art ihrer Betreuung aufwarfen - wurden diese Woche im Rahmen einer öffentlichen Fragestunde in der Abgeordnetenversammlung thematisiert. Der DP-Abgeordnete Xavier Bettel wollte von der Regierung wissen, nach welchen Kriterien bisher eine Person, die in der Vergangenheit straffällig wurde, in das CHNP eingewiesen wurde. Und inwiefern das Personal sowie die Infrastrukturen in Ettelbrück überhaupt darauf abgestimmt sind, psychisch kranke Straftäter zu begleiten und nach außen die Sicherheit der Allgemeinheit zu garantieren.

„Wenn es zu einem Ausbruch kommt, wie sieht dann die Öffentlichkeitsarbeit aus?“ fragt Bettel. Der Staatsminister habe in einem solchen Fall sogar für die Veröffentlichung von Passbildern des Flüchtenden plädiert.

Zurzeit sind noch rund fünf solcher Patienten im sechsten Stock des heruntergekommenen „Buildings“ des CHNP untergebracht. „Bisher hat noch kein Land eine Patentlösung gefunden, um

dieses Problem adäquat zu lösen. Es siedelt sich an der medizinischen und juristischen Schnittstelle an“, meint Gesundheitsminister Mars Di Bartolomeo in seiner Stellungnahme. Seit nunmehr sieben Jahren würden psychisch kranke Straftäter im CHNP platziert werden. Und erst nachdem in letzter Zeit dort vermehrt Personen untergebracht worden seien und es zu den besagten Ausbrüchen kam, hätten sich Justiz- und Gesundheitsministerium sowie Staatsanwaltschaft und CHNP beraten. So sei noch nicht absolut geklärt, ob eine spezialisierte forensische Struktur zukünftig an die Gefängnisstruktur oder an eine Struktur wie das CHNP angegliedert werden solle. „Da es in Luxemburg recht wenig Fälle gibt, macht es hierzulande mehr Sinn, eine Abteilung für forensische Psychiatrie einer bestehenden Struktur zu überlassen“, meint Di Bartolomeo. So sei das CHNP derzeit dabei, eine Aufstellung von Personal und Infrastruktur zu machen, um eine solche Mission besser erfüllen zu können. Bis zum Herbst sollen Vorschläge auf dem Tisch liegen, wobei eine solche Struktur zukünftig nicht mehr unbedingt im veralteten Hauptgebäude und nicht bei anderen psychisch Kranken angesiedelt sein sollte, so Di Bartolomeo. Darüber hinaus prüft eine Arbeitsgruppe des Justiz- und Gesundheitsministeriums sowie der Staatsanwaltschaft zurzeit die bestehenden gesetzlichen Rahmenbedingungen und durchleuchtet die Grauzonen in Bezug auf die Bedingungen, die festlegen, wer in eine solche Struktur eingewiesen werden soll.

